

Position der SPD-Landtagsfraktion

BEZAHLBARE ENERGIE UND NEUER SCHWUNG FÜR DIE ENERGIEWENDE

Wir stehen vor einer der größten energiepolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Der Angriffskrieg auf die Ukraine und die Auswirkungen des Klimawandels führen uns das schmerzhaft vor Augen. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit bilden das Zieldreieck der Energiepolitik. Mehr als je zuvor sind hier alle politischen Ebenen aufgefordert, ihren Gestaltungsspielraum zu nutzen.

Die Bundesregierung arbeitet seit Monaten daran, Deutschland schnellstmöglich von russischen Energielieferungen unabhängig zu machen und die Preise zu stabilisieren. Mit Erfolg! Das zeigt der Bau der Flüssiggas-Terminals in Rekordgeschwindigkeit und die hohen Füllstände der Gasspeicher. Mit Entlastungspaketen und Energiepreiskontrollen in einer Gesamthöhe von rund 300 Milliarden Euro werden Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet. Gleichzeitig treibt die Ampel-Koalition in Berlin die Energiewende voran. Mit der Überarbeitung von zahlreichen Gesetzen und Verordnungen wurde im letzten Jahr die Grundlage für eine klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland geschaffen.

Bayern will bis 2040 klimaneutral sein. Das Ziel ist richtig! Um es zu erreichen, muss allerdings auch auf Landesebene der Handlungsspielraum vollumfänglich genutzt werden. Das ist bisher nicht der Fall. Gerade im Bereich Windkraft, aber auch bei der Photovoltaik hat Bayern noch erhebliches Zubaupotenzial. Zudem lässt die Staatsregierung seit Jahrzehnten einen naturgegeben Standortvorteil für eine klimaneutrale Wärmewende ungenutzt: die Geothermie! Schätzungen zufolge könnten zwischen 25-40 Prozent des bayerischen Wärmebedarfs über die Geothermie gedeckt werden. Bayern ist das größte Bundesland, wichtiger und erfolgreicher Industriestandort und steht mit Blick auf die Bevölkerung an zweiter Stelle. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein leistungsstarkes Land wie Bayern energiepolitisch mehr leisten kann und muss. Ein Vergleich mit kleineren Bundesländern wird nicht darüber hinwegtäuschen können, dass Versäumnisse in der Energiepolitik in Bayern zuallererst der bayerischen Wirtschaft und den Menschen, die hier leben, schaden wird.

Deshalb: Bayern braucht einen energiepolitischen Neustart. Eine Energiepolitik, die mit Mut zur Veränderung und Modernisierung sowie unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung sicherstellt.

Potenziale von Wind- und Sonnenenergie in Bayern vollständig nutzen

Die Zahlen sind eindeutig. Mit der Einführung von 10H – der bundesweit restriktivsten Abstandsregelung für Windkraftanlagen – ist der Windkraftausbau in Bayern beinahe vollständig zum Erliegen gekommen. Die Anpassungen aus dem letzten Jahr bleiben bürokratisch und verzögern nach wie vor den Windkraftausbau in Bayern. Für einen wirklichen Neustart muss die 10H-Regelung vollständig abgeschafft werden. Wir sind überzeugt, die Bürgerinnen und Bürger sind bereit dazu!

Auch im Bereich Photovoltaik muss das vorhandene Potenzial vollumfänglich genutzt werden. Daher fordern wir eine Photovoltaik-Pflicht für private Neubauten ab 2025. Zudem sollte die Staatsregierung die Nutzung von Photovoltaik auf bereits versiegelten Flächen (z.B. auf Parkplätzen) sowie von Solar-Wind-Hybridprojekten (inkl. gemeinsamer Netzanschlüsse) stärker forcieren.

Akzeptanz durch Beteiligung – Menschen an den Erlösen der erneuerbaren Energien beteiligen

Die Menschen wissen, dass Klimawandel und Importabhängigkeiten im Energiebereich Veränderungen erforderlich machen. Nachhaltige Akzeptanz für die Energiewende wird nicht durch Vermeiden – wie bei 10H – erreicht, sondern durch Beteiligung der Menschen. Die Aufgabe der Politik ist es, diese Veränderungsprozesse zu gestalten und zeitgemäße Beteiligungsmodelle zu entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits 2016 trotz Bedenken von Kritikern ein Beteiligungsgesetz eingeführt, das Betreiber von Windenergieanlagen verpflichtet, die Bürger und Gemeinden vor Ort auch finanziell an ihrem Vorhaben zu beteiligen. Seit März 2022 ist mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts nun bestätigt: Eine verpflichtende Beteiligung von Anwohnern und Kommunen ist zulässig. Das zeigt, dass mit mutigem Handeln die Energiewende mit und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden kann. Auch für Bayern setzen wir uns für verpflichtende Beteiligungsmodelle ein, damit auch die Menschen und standortnahen Kommunen in Bayern stärker von den Erlösen von neuen Wind- oder Solarparks profitieren.

Geothermie – bezahlbare und klimaneutrale Wärme für Bayern

Laut Staatsregierung sollen bis 2050 25 Prozent des Wärmebedarfs durch die Geothermie gedeckt werden. Einzelne Kommunen und Versorger haben sich zwar bereits erfolgreich auf den Weg gemacht. Aber es fehlt an einem landesweiten Ausbauplan und nennenswerter finanzieller Unterstützung durch den Freistaat. Die Staatsregierung muss hier ihre koordinierende Aufgabe übernehmen.

Der Bund hat mit der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) ein starkes Förderprogramm aufgelegt. Diese Förderung kann und muss durch den Freistaat flankiert werden. Die Erschließung der

Geothermie erfordert hohe Anfangsinvestitionen, u.a. für Bohrung, Netzausbau und den strategischen Ausbau der Verbundleitungen. Investitionen in die Geothermie sind allerdings gut angelegt, denn sie ermöglichen langfristig eine günstige und klimaneutrale Wärmeversorgung. Insbesondere finanzschwache Kommunen können die hohen Anfangsinvestitionen nicht allein aufbringen. Die Versorgung mit klimaneutraler Wärme darf allerdings kein Privileg für Menschen in finanzstarken Kommunen sein. Auch das gehört zu einer sozial gerechten bayerischen Energiepolitik.

Für Versorgungssicherheit und Preisstabilität – Netzausbau und Ausbau der Speicherkapazitäten

Grundvoraussetzung für eine zuverlässige Stromversorgung sind leistungsfähige Netze sowohl bei den Übertragungsnetzen als auch bei den Verteilnetzen. Ein unzureichender Netzausbau gefährdet die Versorgungssicherheit und führt zu Preissteigerungen. Denn die jährlichen Kosten in Milliardenhöhe für Systemsicherungsmaßnahmen (Redispatch) schlagen sich in höheren

Strompreisen nieder. Ohne leistungsfähiges Übertragungsnetz droht darüber hinaus die Aufteilung Deutschlands in mehrere Preiszonen. Dies würde im Vergleich zu Norddeutschland zu spürbar höheren Strompreisen in Bayern führen. Bayern ist als Industriestandort darauf angewiesen, dass der Strom aus den Windparks im Norden in die Industriezentren im Süden transportiert wird. Wir stehen daher ausdrücklich zum Bau der HGÜ-Leitungen SuedLink und SuedOstLink genau wie zum bedarfsgerechten Ausbau der Verteilnetze.

Wir setzen uns für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Hierfür bedarf es einer dauerhaften personellen Aufstockung in den bayerischen Genehmigungsbehörden. Zudem kann der Netzausbau durch vorzeitigen Baubeginn und eine stärkere Vereinheitlichung der Genehmigungsprozesse beschleunigt werden. Die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse bedarf einer stärkeren zentralen Koordinierung und Abstimmung. Insgesamt müssen wir zu einer genehmigungsfreundlicheren Mentalität kommen.

Zudem brauchen wir dringend auch einen Ausbau der Speicherkapazitäten, um bisher abgeregelte Einspeiseleistung bei Photovoltaikanlagen und Windenergie sinnvoll nutzen zu können. Wir setzen uns daher für eine Förderung von stationären Speichern ein.

Wasserstoff – klimaneutrale Produktionsverfahren für das Industrieland Bayern

Grüner Wasserstoff ist für das Gelingen der Energiewende unerlässlich. Insbesondere Bayerns energieintensive Industrien (u.a. Chemieindustrie, Glas- und Keramikindustrie) sind bei der Dekarbonisierung auf Wasserstoff angewiesen. Für die lokale Produktion mit Elektrolyseuren benötigen wir aber einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern. Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir an günstigen Rahmenbedingungen für ein europäisches Wasserstoffnetz – dem European Hydrogen Backbone (EHB). Wir unterstützen den Anschluss Südbayerns über Leitungen von Italien über Österreich an das europäische Netz bis 2030.

Bayerische Fachkräfteoffensive für Energie und Wärme

Der Fachkräftemangel bremst auch die Energie- und Wärmewende aus, weil notwendige Sanierungsmaßnahmen verzögert werden. Schon heute ist die Fachkräftelücke auch im Bereich Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik eklatant und wird sich künftig weiter vergrößern. Wie die große Mehrheit der Bundesländer braucht auch Bayern ein Tariftreuegesetz zur Verbesserung der Lohnentwicklung. Gleichzeitig setzen wir uns für eine kostenfreie Meisterausbildung durch eine Aufstockung des Meisterbonus ein. Auch müssen Aus- und Weiterbildungsprogramme für den Energiebereich organisiert werden.

Januar 2023